



Auf ein Wort

Liebe Leserin,
lieber Leser,

seit Martin Schulz - dem Wunder von Würselen, der der SPD ein Umfragehoch bescherte - wird die Bundestagswahl wieder spannend. Die Frage ist nur, ob die SPD tatsächlich ihre Fehler korrigieren und wieder sozialdemokratisch werden will. Eine grundsätzlich andere Politik ist notwendig, um eine weitere Entwicklung nach rechts in unserem Land zu verhindern.

Wenn es in Deutschland wieder gerecht zugehen soll, geht das nur mit einer Regierungsbeteiligung der Linken. Wir bieten die Gewähr dafür, dass sich die Lage vieler sich abgehängt fühlender Menschen verbessert. Das ist gleichzeitig aber auch für uns die wesentliche Voraussetzung mitzumachen. Wir brauchen gute Arbeit und gute Rente!

Im aktuellen Rundbrief geht es außerdem um den Maut-Irrsinn, den Rüstungs-Wahnsinn und die Freihandelswut der EU.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre und schöne Osterfeiertage!

Euer

SCHWERPUNKT

Schulz, die SPD und die Agenda 2010

Martin Schulz hat geschafft, der SPD wieder Leben einzuhauchen. Woher kommt diese neue Begeisterung?

In seinen Reden stellte Martin Schulz in Aussicht, „dieses Land besser und gerechter zu machen und den Menschen den Respekt entgegenzubringen, den die Menschen verdienen.“ Damit erweckt er die Hoffnung, die SPD würde wieder sozialdemokratisch werden. Unter dem Kanzler Gerhard Schröder hatte sich die SPD von sozialer Politik verabschiedet. Mit der Agenda 2010 wurde der bislang tiefste Einschnitt in das bundesdeutsche Sozialmodell gegraben. Die sozialen Folgen für Millionen von Menschen waren gewaltig. Das Rentenniveau wurde gesenkt, Sozialleistungen gekürzt, prekäre Beschäftigungen gefördert und damit Gewerkschaften massiv geschwächt. Die Folge: Deutschland hat den größten Niedriglohnsektor Europas.

14 Jahre hat es gedauert bis die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Schulz gesteht: „Auch wir haben Fehler gemacht. Fehler zu machen, ist nicht ehrenrührig. Wichtig ist, wenn Fehler erkannt werden, dann müssen sie korrigiert werden.“ Ich kann der SPD nur raten, das nach der Wahl auch zu tun. Denn wenn es wieder so käme, dass die SPD vor der Wahl links blinkt und nach der



Wahl rechts abbiegt, wäre das schlicht Wahlbetrug.

Notwendig ist, dass wir die Möglichkeit, Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund zu befristen, abschaffen, dass wir das Arbeitslosengeld I länger bezahlen und das Hartz-System durch eine solidarische Grundversicherung ersetzen. Dringend notwendig ist auch eine deutliche Anhebung des Rentenniveaus - zum Beispiel auf das Niveau, das wir unter Helmut Kohl hatten: auf 53 Prozent.

Wenn die SPD einfach so weiterwurschtelt wie bisher und das als Erfolg verkauft, wäre das nicht nur für die sogenannten Abgehängten, sondern auch für sie selbst eine Katastrophe. Wenn sie die vielen Erwartungen, die jetzt mit ihrem Kanzlerkandidaten - dem Wunder von Würse-

len - geweckt wurden, wieder enttäuscht, droht der SPD ein Schicksal wie den Sozialdemokraten in den Niederlanden. Die Sozialdemokraten der Niederlande stürzten bei der letzten Wahl von fast 25 Prozent auf gerade mal 5,7 Prozent ab. Gleichzeitig drohte dem Land ein weiteres Erstarken der Rechtspopulisten und Rechtsextremen.

Die SPD braucht Kontrolle von links: Damit sie nicht auf Abwege gerät! Eine starke LINKE - egal ob in der Opposition oder in der Regierung - bietet die Chance, dass aus der SPD wieder eine halbwegs anständige Partei wird! ◀

RENTENPOLITIK
KEINE PRIVATISIERUNG
DER AUTOBAHN!

Ungerechte Verteilung

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Breite Bevölkerungsteile sind von der guten wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt, während andere über absurd hohen Reichtum verfügen.

Deutschland ist nach den USA das Land mit den meisten Personen, die über ein Vermögen ab 30 Millionen US-Dollar verfügen - darunter vor allem Familienunternehmer wie Schäffler, Quandt, Schwarz oder die Aldi-Besitzer Al-

brecht. Laut „World Ultra Wealth Report 2015-2016“ ist allein deren Vermögen seit 2011 um 35,8% auf 2635 Milliarden US-Dollar gestiegen. Die Anzahl der Personen, die sich zu dieser Gruppe zählen dürfen, ist um 21,7 Prozent auf 19.375 gestiegen.

Auf das reichste Tausendstel konzentrieren sich laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 17,3 Prozent des gesamten Nettovermögens. Den reichsten zehn Prozent gehören 60 Prozent. Die ärmere Hälfte der Be-

völkerung hingegen besitzt gerade mal 2,5 Prozent des Vermögens.

Was das reale verfügbare Einkommen betrifft, stieg dieses für die obersten zehn Prozent seit 1991 um fast 27 Prozent. Die ärmeren 40 Prozent dagegen verdienen weniger als 1999.

Die Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen. Eine Studie des DIW zeigt auf, dass das Wirtschaftswachstum seit 1991 um etwa zwei Prozentpunkte höher gewesen wäre, wenn die Einkommen nicht weiter auseinander gegangen wären. Denn dann wären private Konsumnachfrage, Investitionen und Exporte stärker gestiegen. Es ist ein Märchen, dass die Gewinne von heute, die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen sind. ◀

Viel Panzer, wenig Hirn

In der Gipfelerklärung der NATO von Wales 2014 steht, die Bündnispartner, deren Verteidigungsausgaben gegenwärtig unter dem Richtwert von zwei Prozent des BIP liegen, werden: (...) darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von 2 Prozent zuzubewegen (...).“ Mit Verweis auf dieses Papier machen die USA nun Druck auf Bündnispartner wie Deutschland, endlich ihre Militärausgaben zu steigern.

Nimmt man die jeweiligen BIP-Zahlen von 2015 als Berechnungsgrundlage und erhöht den Anteil fürs Militär all derer Staaten, die bisher weniger ausgaben, auf die geforderten zwei Prozent, dann würden etwa 108 Milliarden US-Dollar mehr in Rüstung fließen - zusätzlich zu den ohnehin getätigten Ausgaben von über 891 Milliarden US-Dollar. Das ist ganz und gar absurd!

Russland gab 2015 „nur“ 66 und China 214 Milliarden Dollar für Verteidigung aus. Gegen wen soll sich denn die ganze unsinnige Aufrüsterei denn richten? Auch die Nachbarn Deutschlands wären sicher nicht glücklich, wenn wir mit einem Verteidigungsbudget von 60,5 Milliarden Euro zur stärksten Militärmacht Europas aufrückten! Sogar Entwicklungsminister Gerd Müller von der CSU äußerte kürzlich, dass Entwicklungszusammenarbeit die beste Friedenspolitik sei. Mehr Militär werde nicht mehr Frieden auf der Welt schaffen. DIE LINKE wird sich dieser Aufrüstung mit allen Mitteln entgegenstellen!



RENTE

Rente als Wahlkampfthema

Bei einer ARD-Umfrage im Jahr 2016 gaben mehr als die Hälfte der Befragten an, Angst vor Altersarmut zu haben. Bei den 18- bis 34-Jährigen sind es fast zwei Drittel. Diese Angst ist berechtigt.

Rot-Grün haben unter Kanzler Schröder den Grundsatz der Rentenpolitik geändert: Ziel der Rentenpolitik, das auch unter Schwarz-Rot aufrecht erhalten wurde, ist nicht mehr die den Lebensstandard sichernde Rente im Alter sondern stabile Beiträge. Jedoch bleiben aber nur die Rentenbeiträge für die Arbeitgeber stabil, während die Beschäftigten

- wollen sie ihren Lebensstandard im Alter sichern
- auf eigene Kosten kapitalgedeckte Rentenversicherungsverträge abschließen sollen.

Die Beschäftigten sind von dieser Rentenpolitik doppelt benachteiligt: Gerade für die, die wegen prekärer Arbeitsverhältnisse sinkende Löhne hinnehmen mussten, ist die Riester-Rente ein Flop. Und außerdem sinken in der gegenwärtigen Niedrigzinsphase die Renditen kapitalgedeckter Rentenversicherungen.

Dass es auch anders geht, beweist Österreich. Dort

haben Männer im Rentenalter bei vergleichbarer Lebensleistung wie in Deutschland einen durchschnittlichen Rentenanspruch von 1820 Euro (vor Steuern) - das sind 770 Euro mehr als bei uns.

In diesem Bundestagswahlkampf werden wir die Rentenpolitik zu einem zentralen Thema machen. Wir wollen eine deutliche Anhebung des Rentenniveaus, mindestens auf die 53 Prozent, die unter Helmut Kohl galten. Wir wollen eine Regelaltersgrenze von 65 Jahren und eine solidarische Mindestrente, um Altersarmut entgegenzuwirken. ◀

Hände weg von den Autobahnen!



Die angebliche Ausländer-Maut (Inländer sollen über eine geringere Kfz-Steuer kompensiert werden) ist ein erster Schritt hin zu einer Maut für alle.

Diese wiederum ist Voraussetzung für das Funktionieren der sogenannten Infrastrukturgesellschaft. „Zur Finanzierung privatisierter Fernstraßen sind automatische Einnahmen aus dem Mautsystem unerlässlich. (...) PKW-Maut und Autobahn-Privatisierung gehören daher auch zusammen wie zwei siame-

sische Zwillinge“, schreiben die Nachdenkseiten. Diese Infrastrukturgesellschaft soll als privatrechtliches Unternehmen den Erhalt, den Betrieb, den Bau und die Finanzierung der Autobahnen übernehmen. Bisher sind dafür die Länder im Auftrag des Bundes zuständig. Der Clou ist, dass hierüber eine schlechende Privatisierung der Autobahnen möglich wird – über Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPPs), stille Beteiligungen oder die Privatisierung von Tochtergesellschaften. Ohne staatliche Garan-

tien wird das zwangsläufig teuer, da höhere Zinsen auf Kredite anfallen – die Rede ist von mindestens 200 Millionen jährlicher Mehrkosten.

Profitieren werden von einer Fremdkapitalaufnahme und einer Öffnung für privates Beteiligungskapital Banken und Versicherungskonzerne, die angesichts der aktuellen Niedrigzinsphase händelnd nach guten Anlagemöglichkeiten suchen. Autofahrer werden also zukünftig tiefer in die Tasche greifen müssen, damit die Rendite der Banken und Versicherungen stimmt „und um einen Schattenhaushalt zu entwickeln, der jenseits aller parlamentarischen Kontrolle mit privatem Geld gefüttert wird“ (Berliner Zeitung, 23.3.2017) – die Große Koalition macht's möglich. Bis Ende Mai soll das Gesetzespaket beschlossen werden. ◀

BUNDESTAGSWAHL

Landesliste der bayerischen LINKEN steht

DIE LINKE. Bayern wählt am 18. März 2017, dem diesjährigen Equal Pay Day*, in Markt Erlbach ihre Landesliste für die kommende Bundestagswahl.

Klaus Ernst, Direktkandidat im Wahlkreis Schweinfurt/Kitzingen, kündigte an, weiter dafür zu streiten, „dass wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt einzieht und die Menschen anständig bezahlt und in Würde alt werden können.“ Nach einer kämpferischen Rede wurde er mit 99 Stimmen auf Platz 1 der bayrischen

Linken für die Bundestagswahl 2017 gewählt.

Damit führt er zusammen mit der Münchnerin Nicole Gohlke, hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion (Platz 2), die bayerischen Landesliste an. Position drei sicherte sich Susanne Ferschl aus Kaufbeuren. Sie ist aktuell Gesamtbetriebsratsvorsitzende bei Nestlé. Auf Platz 4 wurde Harald Weinberg gewählt, auf Platz 5 Simone Barrientos und auf Platz 6 Andreas Wagner. ◀

René Hähnlein

*Der Tag der Entgeltgleichheit markiert die ungleiche Entlohnung von Frauen: Bis zum 18. März mussten Frauen unbezahlt arbeiten, um auf das Jahresgehalt 2016 der Kollegen zu kommen. Frauen liegen 21 Prozent hinter den Löhnen und Gehältern von Männern. Alles was der Großen Koalition dazu einfällt, ist ein Entgelttransparenzgesetz. Nun darf man in einem Unternehmen mit ab 200 Mitarbeitern erfahren, was Kollegen verdienen - hat aber kein Anrecht auf Lohnangleichung! Die LINKE fordert stattdessen schon lange die Verankerung eines Verbandsklagerechts im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz.

CETA – und nun?

Im Februar hat das Europäische Parlament CETA durchgewunken und der Bayerische Verfassungsgerichtshof stoppte das Volksbegehren gegen CETA in Bayern. Diese Entscheidung wurde damit begründet, dass ein Verfahren der Bundesgesetzgebung weder eingeleitet sei noch absehbar eingeleitet werden soll. Wenn es soweit ist, kann dann wohl nochmal ein Zulassungsantrag eingereicht werden.

Dennoch besteht dank links oder grün mitregierter Länder die Chance, dass sich im Bundesrat keine Mehrheit für CETA findet. Eine weitere Chance liegt im noch ausstehenden Hauptsacheverfahren des Bundesverfassungsgerichts zu den CETA-Klagen. Inzwischen wurde auch in Frankreich eine Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Ebenso ist der Widerstand in Österreich, den Niederlanden und Belgien enorm hoch. Belgien will den Europäischen Gerichtshof mit der Frage befassen, ob die Schiedsgerichte mit Europarecht vereinbar sind.

Gleichzeitig drängen weitere Freihandelsabkommen auf die Tagesordnung – etwa mit Japan und Australien. Jetzt zählt es, sich nicht zu verlieren im Kampf gegen all diese Abkommen, sondern eine Neuausrichtung in der EU-Handelspolitik zu erreichen – hin zu fairem Handel im Interesse der Menschen und zu gesellschaftlicher Mitwirkung.

Dabei ist es wichtig, den Plänen zu einem multilateralen Investitionsgerichtshof Kontra zu geben. Denn dieser zementiert das ungerechte Klagesystem und soll die Bestrebungen einer Reihe von Ländern, ganz auf die Sonderklagerechte zu verzichten, im Keim ersticken.



Klaus Ernst vor Ort:

Mo, 24. April, 19.00 Uhr
Fürstenwalde / Brbg.

Podiumsdiskussion zum Thema: „Gute Löhne, gute Arbeit, gute Rente.“ im Bürgerbüro, Mühlenstraße 15

Mi, 26. April, 18.00 Uhr
Hanau

Veranstaltung des DGB Kreisverband zum „Mahl der Arbeit 2017 - Wir sind viele - wir sind eins“, mit Klaus Ernst, Ulrike Eifler, Regionsgeschäftsführerin DGB Südosthessen und Klaus Ditzel, DGB Kreisvorsitzender Main-Kinzig im Goldschmiedehaus Hanau (Altstädter Markt)

Do, 27. April, 13.00 Uhr
Berlin vor dem Reichstagsgebäude

Klaus Ernst nimmt an der Demonstration des Vereins „Direktversicherungsgeschädigte e.V.“ gegen das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) vom 01.01.2004 teil.

Mo, 8. Mai, 19.30 Uhr
Passau

Abendveranstaltung mit Klaus Ernst zum Thema „Gute Renten und neue Ordnung der Arbeit.“ im Gasthaus Vogl, Rennweg 1

Di, 9. Mai, 17.30 Uhr
Bamberg,

Bistumshaus St. Otto
Veranstaltung von IGM Bamberg und DGB Ober-

franken „Gewerkschaften im Dialog zur Bundestagswahl 2017“ u.a. zu Arbeit der Zukunft, Rente, handlungsfähiger Staat mit Klaus Ernst, Lisa Badum (B90/Die Grünen), Andreas Schwarz (SPD) und Thomas Silberhorn (CSU). Moderation Thomas Apfel (Radio 1)

Fr, 19. Mai, München
Seniorenmesse 66

10.30 Uhr: MdB Harald Weinberg hält Vortrag zum Thema „Pflegerotstand in Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten“.

16.30 Uhr: MdB Klaus Ernst hält Vortrag zum Thema „Die umlagefinanzierte Rente muss den Lebensstandard sichern“. Messegelände Eingang Ost, Konferenzraum Wissen 2, Halle A5.

Ab 9.00 Uhr ist Harald Weinberg / ab 14.00 Uhr Klaus Ernst in Halle A5, Stand 332/ DIE LINKE für Bürger/innengespräche vor Ort.

Do, 13. Juli, 19.00 Uhr,
KAB KV Schweinfurt

Podiumsdiskussion mit den Schweinfurter Bundestagskandidaten Klaus Ernst, Anja Weisgerber (CSU), Barbara Pfeuffer (B90/ Die Grünen) und Markus Hümpfer (SPD) im Pfarrsaal Christkönig, Albert-Schweitzer-Straße 1

NEUES IM INTERNET

Presse, Reden, Parlamentarisches

In diesem Antrag fordern wir eine **Anti-Stress-Verordnung**, um die Beschäftigten und ihre Gesundheit dauerhaft und nachhaltig zu schützen.

Im Gespräch auf N24 mit Michel Friedmann und Johannes Kahrs (SPD) über **Martin Schulz' Politik**.

Ein wichtiger Antrag zum **Rentenkonzept** der LINKEN: gesetzliche Rente stärken, Rentenniveau deutlich anheben und mit einer Solidarischen Mindestrente die Menschen vor Altersarmut schützen.

Die Verlängerung der **Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I** reicht nicht, auch die Zumutbarkeitsregelungen müssen entschärft werden.

Eine Pressemitteilung zu den unverantwortlichen Plänen von **VW**, Tausende Jobs zu streichen.

Die Gleichung CETA = fairer Handel geht nicht auf. Da **CETA** dennoch im Februar vom Europäischen

Parlament durchgewunken wurde, muss es nun an anderer Stelle gestoppt werden.

Eine Rede zum **Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung**: Die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland ist ein zentrales Problem.

Das Anhäufen von riesigen **Exportüberschüssen** ist unsinnig - dazu ein Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau.

Die EU-Handelspolitik lernt nichts dazu: Die taz greift das **EU-Japan-Freihandelsabkommen** auf.

Unsere Solidaritätsbekundung auf dem Streik der **Systemgastronomie**.

Im Interview mit dem Deutschlandfunk zu den **Wahlergebnissen im Saarland**.

Wir unterstützen die Ankündigung der SPD, die **sachgrundlose Befristung** abzuschaffen.

facebook

You Tube

Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de

Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst.ma05@bundestag.de

Coburg: 09561 - 7959203, Klaus.Ernst.ma04@bundestag.de

Internet www.Klaus-Ernst-MdB.de

Facebook www.facebook.com/mbd.klaus.ernst

Twitter www.twitter.com/ernst_klaus

Klaus Ernst

erscheint regelmäßig und kann

kostenlos bestellt werden. Der

Versand erfolgt per eMail.